



Kommunen gestalten Globalisierung

Empfehlungen der 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen in Magdeburg 2004

Vertreter und Vertreterinnen aus kommunaler Verwaltung und Politik, Spitzenverbänden, Nichtregierungsorganisationen, Dienstleistern und Wissenschaft trafen sich zur 9. Bundeskonferenz erstmals in den neuen Bundesländern in Magdeburg. Ziel der Konferenz war die Bestimmung der Gestaltungspotenziale der verschiedenen Akteure im Globalisierungsprozess. Die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung/BMZ, dem Land Sachsen-Anhalt sowie der T-Mobile Deutschland finanzierte und von Nicht-Regierungsorganisationen und den kommunalen Spitzenverbänden mitgetragene Konferenz verabschiedete folgende Handlungsempfehlungen:

Kommunen und Spitzenverbände

Der Beitrag der Kommunen zu internationalen Entwicklungsprozessen ist beachtlich. Trotz knapper kommunaler Ressourcen und Finanznot engagieren sich BürgerInnen und Verwaltungen vielerorts in der Entwicklungszusammenarbeit. Über Partnerschaften und kommunale Kooperationsprojekte werden Lebensbedingungen verbessert, demokratische Prozesse unterstützt, innovative Denkansätze gefördert und Verständnis für unterschiedliche Blickwinkel globaler Probleme und ihrer Lösungen geschaffen.

Mit Blick auf den zunehmenden globalen Wettbewerb müssen die Kommunen und Regionen ihre Potenziale als Orte von Identität, lokaler Verankerung und Kreativität besser nutzen. Dazu müssen entsprechende Leitbilder und Rahmenbedingungen geschaffen werden:

- Zulassen neuer Denkansätzen und -kategorien (z.B. Beachtung informeller Netze, Positionierung im globalen Konkurrenzumfeld, Identifikation neuer Prozesse und Cluster für lokale Akteure, künstlerische Gestaltung kommunaler Liegenschaften)
- Stärkung endogener Potenziale (z.B. lokaler Ressourcen, Netzwerke, Kreativität)
- Ausbau strategischer Planungs-, Steuerungs- und Managementinstrumente
- Abbau von bürokratischen Barrieren und Überreglementierung
- Förderung des individuellen bürgerschaftlichen Engagements (z.B. Befähigung, Stärkung langfristigen Engagements, Freiwilligenbörsen)
- offensiver Kommunikations- und Medieneinsatz (z.B. Verstärkung von Information, Sensibilisierung, best practises-Vermittlung)
- Stärkung des interkulturellen Dialogs als kommunale Pflichtaufgabe (z.B. durch Langzeitansätze, Integration, demographische Teilhabe, Zugang zu grundlegender Versorgung).

Kommunen können ihre Partnerschaftsarbeit verbessern, indem sie

- ihre Erfahrungen multiplizieren und dazu auch die kommunalen Spitzenverbände und existierende Netzwerke nutzen
- die Bürgerschaft und Nichtregierungsorganisationen stärker einbeziehen
- erfolgreiche Erfahrungen übertragen und nutzen (z.B. durch gegenseitigen internationalen Wissenstransfer, Rest-Cent-Aktionen, internationaler Austausch von Verwaltungsfachkräften und Praktikanten)
- gemeinsam mit Forschungseinrichtungen den Nutzen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit vertiefen und Strategien entwerfen (z.B. Verbesserung von PPP-Ansätzen, um weitere Partner zu gewinnen).

Empfehlungen

Kommunen können beispielsweise ihre Einkäufe umstellen auf faires Beschaffungswesen. Die Spitzenverbände werden aufgefordert, in Kooperation mit den Serviceeinrichtungen eine Handreichung zum Vergaberecht herauszugeben. Faires Beschaffungswesen trägt zur Umsetzung des Agenda-21-Prozesses bei.

Die Finanzkrise der Kommunen fordert neue Lösungskonzepte. Gerade bezüglich des Konzepts Bürger- und Beteiligungshaushalt können deutsche Kommunen sehr von internationalen Erfahrungen profitieren. Im Zuge der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements kann das Modell durch Publikationen und Fortbildungen von Vorreiterkommunen verbreitet werden.

Nichtregierungsorganisationen

Bürgerschaftliches Engagement und organisierte Zivilgesellschaft schaffen die Basis für nachhaltige kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Noch größere Wirksamkeit können Nichtregierungsorganisationen insbesondere in Kooperation mit ihren Kommunen erzielen, wenn

- historische Chancen genutzt und aktuelle Themen aufgegriffen werden (z.B. demographischer Wandel und Friedensarbeit)
- MigrantInnen und BürgerInnen mit Migrationshintergrund einbezogen werden
- die mittel- und langfristige Kontinuität der Partnerschaften durch kontinuierlichen Personalaustausch sowie gezielte Personal- und Nachwuchsförderung sowie Fach- und Führungskräfte-Training sichergestellt werden.

Bund und Länder

Kommunen finden international immer mehr Anerkennung als wichtige Akteure bei der Gestaltung der Globalisierung. Wir fordern die Bundesregierung und die Länder auf, die Potenziale von Kommunen für die Entwicklungszusammenarbeit besser zu erschließen und die Rahmenbedingungen dafür zu verbessern durch:

- engere Vernetzung mit internationalen Verbänden, z.B. der europäischen Ebene (Rat der Gemeinden und Regionen Europas/RGRE) oder dem Weltverband der Kommunen (United Cities and Local Governments/UCLG) und den bi- und multilateralen Organisationen (z.B. UN-Habitat)
- intensivere Verzahnung der für Umweltpolitik und Entwicklungszusammenarbeit zuständigen Organisationen und Ministerien (z.B. zwischen BMU und BMZ)
- größere Einflussnahme auf EU-Prozesse
- Verbesserung und Entbürokratisierung von Finanzierungsinstrumenten
- Förderung der Aus- und Weiterbildung zu Themen der nachhaltigen Entwicklung und Millennium Development Goals
- Nutzung der Möglichkeiten der UN-Weltdekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (BfNE) für Initiativen auf parlamentarischer Ebene, in den Landtagen und in kommunalen Parlamenten
- Umsetzung der neuen EU-Vergaberichtlinie zum Beschaffungswesen
- Klärung der Rechtslage für Kommunen in der Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien
- Förderung von Initiativen zu einer neuen Kultur der Vielfalt
- Förderung von Initiativen gegen den zunehmenden gesellschaftlichen Werteverfall
- Förderung einer die Vielfalt betonenden Kulturpolitik auf nationaler und internationaler Ebene sowie Imagepflege im Ausland
- Langfristige Absicherung der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt bei InWEnt, um die notwendige Beratungs-, Informations- und Qualifizierungsarbeit für die Kommunen zu gewährleisten.

Schließlich fordern die TeilnehmerInnen der Bundeskonferenz eine intensivere Wahrnehmung der Abstimmungsgespräche zwischen Bund, Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft.

Magdeburg, im November 2004

